



Wien, 1. November 2018

Antrag an das Österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 29. November 2018

Ende der Grenzkontrolle nach Deutschland

Das Aussetzen des Schengen Abkommens mit Deutschland seit dem Jahr 2015 bedient einen haltlosen, unverantwortlichen Populismus, der jeglicher Grundlage entbehrt. Statt Beruhigung werden Angstbilder und Misstrauen gegen Menschen auf der Flucht erzeugt, die Stimmung machen und mit keiner Faktenlage zu belegen sind. Statt Aufklärung und Suche nach Möglichkeiten der Integration wird auf Argwohn und unnötige Kontrolle gesetzt. Aber nicht nur die vermeintlich zu Kontrollierenden sind diesen Schikanen seit Jahren ausgesetzt, auch die österreichische Bevölkerung leidet bei jeder Passierung der deutsch-österreichischen und auch innerösterreichischen Grenze unter diesen Einschränkungen. Regelmäßige Zugverspätungen und Staus an den Grenzen haben einen unwiderbringlichen volkswirtschaftlichen Schaden zu Folge.

Nicht zuletzt sind die österreichischen UnternehmerInnen und Unternehmer Leidtragende der unnötigen Grenzkontrollen. „Eine immense Vernichtung von Kapital und Zeit und damit ein enormer Produktivitätsverlust“ werden durch derartige Maßnahmen erzeugt, konstatiert der Obmann der Bundessparte Transport und Verkehr. Die Kosten der bisherigen Kontrollen seit 2015 schätzt WU-Experte Sebastian Kummer auf bereits 900 Mio. Euro.

Eine Studie über die *Auswirkungen potenzieller Grenzkontrollen auf die österreichische Transportwirtschaft* der Wirtschaftsuniversität Wien belegt im September 2018, dass bei einer umfassenden Kontrolle mit Zusatzkosten in Höhe von über 12 Millionen Euro pro Tag gerechnet werden muss. In dieser Studie heißt es:

„Es ist offensichtlich, dass die Transport- und Logistikbranche sowie Grenzregionen mit intensiven Austauschprozessen und die dort tätigen Unternehmen besonders stark betroffen wären. Neben Betrieben im Import- oder Exportgeschäft mit einer hohen internationalen Ausrichtung würden verstärkte Kontrollen vor allem die grenznahe Beschaffungs- und Distributionslogistik belasten und dort zu einem starken Anstieg der Kosten sowie zu erheblichen Produktivitätsverlusten führen. Darüber hinaus hätten Grenzkontrollen auch für innerösterreichische Verkehre, die über das „Kleine und Große Deutsche Eck“ produziert werden, negative Effekte. Aus diesem Grund kommen die Autoren dieser Studie zum Ergebnis, dass Grenzkontrollen in Österreich nicht zu befürworten sind.“

Es ist unsere Verantwortung als VertreterInnen der österreichischen Wirtschaft diesen Entwicklungen ein deutliches Signal entgegenzusetzen. Lassen wir nicht zu, dass unsere Wirtschaftskraft tagtäglich durch einen billigen Populismus unnötig geschwächt wird.

Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Die Österreichische Wirtschaftskammer tritt an die Bundesregierung heran, einen ungehinderten Grenz- und Warenverkehr zwischen Österreich und Deutschland möglich zu machen, die Hürden an der deutsch-österreichischen bzw. innerösterreichischen Grenze für Wirtschaft und Gesellschaft abzubauen und das Schengen Abkommen wieder in Kraft zu setzen.

Für die Grüne Wirtschaft



Sonja Franzke



Sabine Jungwirth



Hans Arsenovic



Johannes Püller